Artikel vom 26.07.2022 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 18:19 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/wasser-der-naechste-zielkonflikt

# Wasser: der nächste Zielkonflikt?



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Mit anhaltend hohen Temperaturen wächst die Sorge um die Wasserversorgung. Der Ruf nach einer nationalen Wasserstrategie wird damit lauter. Die Landwirtschaft wäre nicht außen vor: Unter ihren Böden findet die Trinkwasserneubildung statt; außerdem konkurriert sie als Verbraucher mit anderen um das lebensnotwendige Nass.

Wird nach Gas und Öl auch noch das Wasser knapp? Die Frage beschäftigt in diesen Tagen viele Medien. Zum einen durchlebt Deutschland derzeit eine anhaltende Phase mit hohen Temperaturen und zu wenig Niederschlägen. Gleichzeitig ist die Bevölkerung aktuell sowieso sensibel für alles, was ihren Lebensstandard einschränken könnte. Zum anderen kommen in den nachrichtenarmen Sommermonaten Meldungen wie die gerade recht, dass zum Beispiel der Kreis Steinfurt wegen der Trockenheit die Entnahme von Wasser aus Oberflächengewässern verbietet. Überzeichnen muss man das Thema nicht. Aber es ist angebracht, sich mit einem möglichen Mangel zu befassen und was dieser für die hiesige Landwirtschaft bedeuten kann. Um es kurz zu machen: Wie bei dem Klimawandel hat die Betroffenheit für die Landwirtschaft zwei Seiten. Sie bekommt die Knappheit direkt zu spüren, indem Erträge und Qualitäten der Ernten leiden. Sie spielt aber auch eine Schlüsselrolle für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung.

Laut Zahlen des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) haben sich die durchschnittlichen jährlichen Niederschlagsmengen in den vier rheinischen Großlandschaften Niederrheinische Bucht, Niederrheinisches Tiefland, Eifel und Bergisches Land in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich verändert. Nach einer Zunahme ausgehend von der Zeitperiode 1891 bis 1910 bis in die 1980er-Jahre sind seitdem die Niederschläge im Schnitt deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich ihre Verteilung nach Jahreszeiten spürbar verändert. Damit nimmt die Gefahr zu, dass den Kulturen zur rechten Zeit das rechte Quäntchen an Nass fehlt – zum Beispiel dem Brotweizen, wenn Stickstoff in Eiweiß umgewandelt werden müsste, oder frühe Kartoffelsorten Knollen ansetzen sollen. Theoretisch ließe sich diesen Risiken mit künstlicher Bewässerung begegnen. Dem stehen aber zwei Aspekte entgegen. Da ist zum einen die Wirtschaftlichkeit, die trotz tendenziell anziehender Preise schwer vorab zu kalkulieren ist. Was den zweiten Gesichtspunkt angeht, muss man keine prophetische Gabe haben, um Zielkonflikte vo-rauszusehen. Zwar rangiert die Landwirtschaft weit hinter Verbrauchern wie Energiewirtschaft, Industrie und Privathaushalten; im Fall einer Knappheit wird die Politik – wie aktuell beim Gas – aber nicht umhinkönnen zu entscheiden, wer Vorrang hat und wer hintenanstehen muss.

Solche Szenarien sind nicht unrealistisch. Denn die Grundwasserneubildung geht seit Jahren zurück. Damit schwinden auch die unterirdischen Reserven. Das liegt an fehlenden Niederschlägen, aber auch an steigenden Entnahmen. Die Zusammenhänge sind der Bundes- wie der Landespolitik sehr wohl bekannt. Schon die SPD-Politikerin Svenja Schulze hat in ihrer Zeit als Umweltministerin den Vorschlag für eine nationale Wasserstrategie erarbeitet. Jetzt will ihre Nachfolgerin Steffi Lemke (Grüne) auf die darin bereits vorgeschlagenen 57 Einzelmaßnahmen nochmal 20 weitere draufpacken und das Paket bis Jahresende durch das Regierungskabinett bringen. Lemke denkt dabei nicht nur an die Wiedervernässung von ehemaligen Mooren, die heute als Äcker oder Wiesen genutzt werden. Mit den Zielen, Gewässer noch mehr vor Einträgen von „Schadstoffen aus Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Haushalten zu schützen“ und die Speicherkapazität der Böden verbessern zu wollen, hat sie die Landwirtschaft und ihre Wirtschaftsweise direkt im Visier. Gut möglich, dass sie so die Schrauben dort weiter anziehen will, wo es die Betriebe jetzt schon schmerzt und auch seitens der EU mit der Farm-to-Fork-Strategie Verschärfungen drohen, etwa beim Pflanzenschutz- und beim Düngemitteleinsatz. Hier muss die Berufsvertretung wachsam bleiben.

Die schwarz-grüne Regierungskoalition in Düsseldorf hat sich ebenfalls das Thema Wasser auf die Fahnen respektive in den Koalitionsvertrag geschrieben. So soll ein noch zu gründendes Landeszentrum Wasser eine Zukunftsstrategie entwickeln. Solange Umwelt und Landwirtschaft in der NRW-Regierung unter einem Dach vereint waren, wurden mögliche Zielkonflikte zwischen Nahrungsmittelerzeugung und Wasserschutz stets mitbedacht. Davon muss sich auch das geplante Landeszentrum leiten lassen. Denn die Landwirtschaft ist eben nicht nur Leidtragende von Trockenheit, sie hat auch hier einen Auftrag als Versorgerin mit einem Grundnahrungsmittel: Wasser.